



Stadtkämmerer
Axel Imholz

Haushaltsrede 2020/2021

anlässlich der Einbringung des
Haushaltsplanentwurfes in die
Stadtverordnetenversammlung
am 26. September 2019

Sperrvermerk für Presseveröffentlichung

26. September 2019, 17:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

erlauben Sie mir zunächst einen kurzen Rückblick:

vor rund zwei Jahren habe ich in meiner Rede zum laufenden Haushalt 2018/2019 davon gesprochen, dass der Haushalt ein Drahtseilakt ist und dass wir die Balance halten müssen. Es scheint gelungen zu sein. Das Haushaltjahr 2018 schloss besser ab als erwartet und auch für 2019 bin ich noch optimistisch.

Jetzt höre ich sofort „ das ist ja klar, weil die Kämmerei immer zu vorsichtig plant und es dann doch besser ausgeht“.

Schaut man auf das Ergebnis 2018, dann scheinen die Zahlen genau das zu zeigen. Geplant hatten wir ein Defizit von rund 28 Mio. €; beendet haben wir das Jahr 2018 mit einem Plus von rund 21 Mio. €. Also 49 Mio. € besser als geplant.

Allerdings:

Diese Verbesserungen sind nicht das Ergebnis einer zu vorsichtigen Planung. Im Gegenteil – die Einnahmeerwartung für Steuern und Abgaben haben wir 2018 um etwa 25 Mio. € verfehlt. Insbesondere die Gewerbesteuer lag mit einem Fehlbetrag von 24 Mio. € erheblich unter dem Planwert.

Die Verbesserungen im Finanzergebnis und im außerordentlichen Ergebnis basieren auf Einmaleffekten, die nicht jedes Jahr wiederholbar sind. Dazu gehören insbesondere die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen des Wohnbaugebietes Hainweg.

Das sind Effekte, die nicht dauerhaft eintreten werden.

Für das laufende Jahr prognostiziert die Hochrechnung, dass wir besser abschließen werden, als das geplante Defizit von 24 Mio. €. Derzeit liegt die Hochrechnung im roten einstelligen Millionenbereich – auch das besser als geplant. Ein erfreuliches Ergebnis unserer Haushaltspolitik.

Wo stehen wir heute?

Unbestreitbar geht es uns gut: in den letzten 10 Jahren konnten wir rund 160 Mio. € zusätzliche Bedarfe finanzieren. Die Schwerpunktthemen Ausbau Kinderbetreuung, Schulen sowie Sicherheit und Ordnung standen dabei deutlich im Mittelpunkt:

Den Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe haben wir um fast 70 Mio. € erhöht. Die Mittel für den Bereich Sicherheit und Ordnung haben wir verdoppelt und für die Schulen um rund 50 Prozent erhöht.

Und hier rede ich nur von der laufenden Verwaltungstätigkeit, dem Ergebnishaushalt.

Konkret bedeutet das am Beispiel Kinderbetreuung: Im Vergleich zu 2008 haben wir im Krippenbereich rund 1.500 Plätze mehr geschaffen. Wir können heute in der Grundschulkindbetreuung rund 3.800 weitere Plätze anbieten.

Wir können also zufrieden sein: Zusätzliche Mittel wurden dort eingesetzt, wo sie am dringendsten benötigt wurden.

Hätten wir 2018 noch die gleiche Anzahl Kinder gehabt wie 2008, dann wären unsere Versorgungsziele übererfüllt. Erfreulicherweise ist aber die Kinderzahl in Wiesbaden gestiegen.

Im Krippenbereich haben wir zusätzliche 13 Prozent - mehr als 1.000 - Kinder zu versorgen.

Auch im Bereich der Schulen können wir uns über Zuwachs freuen: Die Schülerzahl ist von 29 223 auf 30.509 gestiegen. Den höchsten Zuwachs können wir bei den Grundschulen feststellen: Es gibt 1.150 Grundschülerinnen und Grundschüler mehr als noch vor 10 Jahren. Damit wurden und werden aber auch weitere Investitionen erforderlich.

Erfreulicherweise ist es uns auch gelungen, die IST-Ausgaben bei den Investitionen zu steigern. Und das, obwohl es in der aktuellen Marktlage schwierig ist, Baufirmen zu gewinnen.

Vergleicht man die Quartale 1-3 des Investitionscontrollings aus den letzten Jahren mit heute, dann ist die Steigerung gut zu erkennen:

Für das Jahr 2019 sind die Daten der ersten drei Quartale verfügbar – deshalb der Vergleich mit den entsprechenden Quartalen der Vorjahre. Das erste Jahr eines Doppelhaushaltes ist in der Regel etwas schwächer als das zweite. Deswegen bietet sich der Vergleich über zwei Doppelhaushalte an. Im vierten Quartal sind üblicherweise in allen Jahren außerordentlich hohe Ausgaben zu verzeichnen.

Vor zwei Jahren habe ich erklärt, dass es für mich Vorrang hat, das, was an Geld da ist, auch wirklich in BETON zu gießen, d.h. zu verbauen. Diesem Ziel haben wir uns genähert.

Über den gesamten Haushalt sind die Reste bei den Investitionen aber immer noch hoch. Wir arbeiten daran, diese weiter zu reduzieren. Dennoch: Die Überleitungen des Investitionsbudgets von 2018 nach 2019 betragen rund 141 Mio. €.

Dieser Aspekt sollte bei den anstehenden Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden.

Unsere stabile Haushaltslage dokumentiert sich ebenfalls in der Verschuldung. Nach Auswertung des Hessischen Städtetags zeigt unsere Verschuldung inkl. der Beteiligungen für 2017 einen vertretbaren Wert von rund 5.600 € pro Einwohner auf. Für die Kernverwaltung beläuft sich die Verschuldung 2017 auf rund 1.170 € pro Einwohner.

ANREDE

Der Kämmererentwurf

Der Haushaltsplanentwurf, den ich heute einbringe, basiert auf der von Ihnen mit dem Haushalt 2018/2019 verabschiedeten Ergebnis- und Finanzplanung. Sie wurde aktualisiert und es wurde erstmals ein sogenanntes Prio-Budget auch in CO eingeführt. Ein Budget, das noch nicht auf Dezernate verteilt wurde und Ihnen für Schwerpunktsetzungen zur Verfügung steht.

Was können wir verteilen?

Wie Sie wissen, beginnt meine Planung als Kämmerer mit der Frage, wie hoch die Allgemeinen Deckungsmittel in den Folgejahren sein werden.

Analysiert man die Gewerbesteuer, dann fällt auf, dass wir in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung hatten.

Im Schnitt der letzten 5 Jahre – hier die blaue Linie – haben wir durchschnittlich rund 320 Mio. € Gewerbesteuer eingenommen. Im Schnitt der letzten 10 Jahre – hier die rote Linie – waren es etwa 283 Mio. €. Für die Jahre 2020 / 2021 haben wir 342 bzw. 352 Mio. € geplant. Nicht die allervorsichtigste Variante.

Natürlich wäre der Blick nur auf die Gewerbesteuer zu kurz gegriffen. Betrachtet man die Summe der drei großen Ertragspositionen: Netto-Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Schlüsselzuweisungen, dann zeigt sich weiterhin eine positive Entwicklung in den letzten Jahren. Der Durchschnitt der letzten 10 Jahre liegt bei 529 Mio. € (rote Linie). Für das Jahr 2020 haben wir auf diesen Positionen 592 bzw. 610 Mio. € angesetzt.

Insgesamt haben wir also immer noch eine Steigerung der Allgemeinen Deckungsmittel vorgesehen, obwohl einige Wirtschaftsexperten befürchten, dass sich das Wirtschaftsklima erheblich verschlechtern wird. Ohne Schwarzmalerei: zweifellos ist zu erwarten, dass „die Luft dünner wird“. Offen bleibt, wann es uns trifft.

Das Wirtschafts- und Arbeitsmarktbarometer des Amtes für Statistik und Stadtforschung zeigt zum Halbjahr 2019 zwar einen sich verschlechternden IFO-Geschäftsindex, aber auch immer noch ein steigendes Bruttoinlandsprodukt, steigende Auftragseingänge im Baugewerbe Hessen und einen steigenden Umsatz im hessischen Einzelhandel.

Für den Haushalt 2020/2021 erwarte ich noch keine katastrophalen Wirkungen. Für die darauf folgenden Jahre wird jede Prognose sehr schwierig.

Gesamtvolumen:

Der vorgelegte Doppelhaushalt plant im Ergebnishaushalt mit Erträgen in einem Volumen von rund 1,3 Milliarden € in 2020 und in 2021 und mit Aufwendungen von ebenfalls rund 1,3 Milliarden € in jedem Jahr.

Darin sind für Instandhaltungen rund 36 Mio. € in 2020 und 33 Mio. € für 2021 vorgesehen.

Für den Finanzhaushalt sind Einnahmen von rund 26 Mio. € in 2020 und in 2021 veranschlagt. Dem stehen Ausgaben von rund 60 Mio. € in 2020 und in 2021 gegenüber. Dies bedeutet für die Dezernate, dass ein Investitionsbudget von insgesamt rund 34 Mio. € jährlich zur Verfügung steht.

Betrachten wir den Ergebnishaushalt etwas genauer:

Wir haben den Dezernaten für ihre Planung (das sogenannte „Dezernatsbudget“) im Ergebnisbereich mehr Geld als 2019 zur Verfügung stellen können. Die Personalkosten wurden jährlich um 2 Prozent gesteigert; die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen konnten um 1 Prozent pro Jahr erhöht werden. Den Dezernaten steht also schon mit dem Kämmererentwurf mehr Budget zur Verfügung.

Bereits in der Sitzungsvorlage zu den Grundlagen des Kämmererentwurfs habe ich darauf hingewiesen, dass Risiken bleiben. Dazu gehören insbesondere die weiteren Zuschussbedarfe der Eigenbetriebe und Gesellschaften sowie die Mehrbedarfe der Dezernate.

Den Ihnen vorliegenden Beratungsunterlagen können Sie entnehmen, dass die Dezernate (inklusive der Ihnen zugeordneten Eigenbetriebe und Gesellschaften) bis zum Redaktionsschluss am 30. Juni 2019 für den Ergebnishaushalt insgesamt Mehrbedarfe in Höhe von 245 Mio. € angemeldet haben. Das sind rund 100 Mio. € mehr als in den Haushaltsplanberatungen 2018/2019. Bis zu den Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss werden zusätzliche weitere Bedarfe gemeldet worden sein.

Nur als Anmerkung: Die gemeldeten Mehrbedarfe bei den Investitionen betragen mit rund 140 Mio. € für den Doppelhaushalt mehr als das Doppelte des Budgets.

Ohne die gemeldeten Mehrbedarfe fachlich zu bewerten, muss ich an dieser Stelle deutlich sagen:
In dieser Größenordnung ist ein genehmigungsfähiger Haushalt nicht zu erreichen.

ANREDE

Wiesbaden ist keine „arme“ Kommune. Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, ist ein genehmigungsfähiger Haushalt eine Pflichtaufgabe.

Sollte das in den Haushaltsplanberatungen nicht gelingen, müsste der Aufsichtsbehörde noch vor dem Satzungsbeschluss ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt werden. Damit würde sich die Haushaltsgenehmigung erheblich verzögern.

Auch wenn wir über Rücklagen von rund 300 Mio. € verfügen, können wir diese nicht einfach so verplanen. Die Kommunalaufsicht des Innenministeriums legt Wert darauf, dass Rücklagen in guten Zeiten gebildet und für schlechte Zeiten bereitgehalten werden.

Wir sollten unsere bisherige, erfolgreiche Haushaltspolitik fortsetzen und das heißt in den Beratungen Ziele, Risiken und Chancen bewerten, abwägen und eine umsetzbare Lösung erarbeiten.

Neben den vorher benannten Schwerpunktthemen Ausbau Kinderbetreuung, Schulen sowie Sicherheit und Ordnung haben Sie neue Ziele beschlossen: Wohnangebote auf einem bezahlbaren Mietniveau und ein besseres Klima in Wiesbaden. Mit der Verhinderung des Dieselfahrverbotes ist eine umfangreiche Liste von Zielen verbunden, die Geld

kosten werden. Ob es die Elektrobusse bei ESWE Verkehr sind oder das 365 € Ticket für die Bürgerinnen und Bürger.

Wohnungsangebote mit passender Infrastruktur im Ostfeld zu schaffen oder eine Citybahn zu realisieren binden im Haushalt 2020/2021 noch keine großen Summen. Sie führen aber zu erheblichen Ausgaben und Aufwendungen in den Folgejahren.

Und Sie erinnern sich - „die Luft wird dünner“. D.h. wir müssen jetzt sorgsam wirtschaften und „ansparen“, um diese Projekte in der Zukunft umsetzen zu können. Auch das verstehe ich unter "Nachhaltigkeit"!

ANREDE

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Beteiligungen und Eigenbetriebe gewinnt immer mehr an Bedeutung für den Gesamthaushalt. Hier gilt es genau hinzusehen.

WVV

Finanzielle Risiken bestehen nicht nur durch die steigenden Verkehrsverluste (siehe ESWE Verkehr), sondern auch in Bezug auf Maßnahmen der Stadt im Bereich der Wohnungsbaugesellschaften. Sollten sich die städtischen Gremien für eine Mietpreisbremse entscheiden, sind die Gewinne der Wohnungswirtschaft deutlich geringer und belasten zusätzlich das Ergebnis der WVV.

Aber auch im Bereich der Energieversorgung ist nicht mit weiterhin hohen Gewinnen zu rechnen. Allein durch die Liberalisierung und die Netzregulierung ist die künftige Ertragskraft geschmälert.

Mattiaqua

Der geplante Sportpark Rheinhöhe mit einer Schwimm- und Eissporthalle und einem voraussichtlichen

Investitionsvolumen in Höhe von über 60 Mio. € steht bei Mattiaqua im Fokus. Die künftig laufenden Kosten allein durch Abschreibung und Zinsen werden die Erlöse voraussichtlich übersteigen.

TriWiCon

Die TriWiCon rechnet weiterhin mit erhöhten Verlusten vor allem aus der Tochtergesellschaft RMCC. Nach Hochrechnung des ersten Geschäftsjahres (2019) nach Fertigstellung des Neubaus werden die erwarteten Verluste noch um rund 1 Mio. € höher ausfallen als die bisher geplanten 3,2 Mio. €. Ursachen sind auf der einen Seite in den hohen Unterhaltungskosten der Halle zu finden. Auf der anderen Seite können die Mehrkosten nicht durch Umsätze kompensiert werden. Damit würde sich der Zuschussbedarf auf rund 12 Mio. € jährlich erhöhen.

ESWE Verkehr

Die derzeitige Planung unserer Verkehrsgesellschaft geht davon aus, dass die geplanten Verluste von 34,4 Mio. € (2019) steigen werden auf bis zu rund 68 Mio. € in 2022. Der Finanzierungsbedarf der Landeshauptstadt Wiesbaden liegt voraussichtlich bei bis zu 40 Mio. € - allein für die Jahre 2020 und 2021. Der Betrieb einer City-Bahn ist darin noch nicht eingerechnet und würde sich finanziell erst in den Folgejahren auswirken.

ANREDE

In den Haushaltsplanberatungen 2020/2021 wird es noch mehr als sonst erforderlich werden, den Planungszeitraum über den Doppelhaushalt hinaus zu bewerten. Dazu gehört die zentrale Frage, wann werden echte Auszahlungen erforderlich. Die Unterscheidung zwischen Auftragsgenehmigung und Mittelabfluss ist ein Thema, mit dem wir uns in den Beratungen intensiv auseinandersetzen sollten.

Als Schuldezernent weiß ich, dass Baumaßnahmen schnell 4 – 5 Jahre von der ersten Idee bis zum Einzug dauern können. Für eine strategische Haushaltsplanung macht es keinen Sinn, die kompletten Kosten auf zwei Jahre zu verteilen. Ich kann nachvollziehen, dass man damit das Budget für die nächsten Jahre „sichern“ will. Dafür müssen wir aber gemäß dem Prinzip "Kassenwirksamkeit" andere Vereinbarungen finden.

Der Mehrbedarf von 245 Mio. € im Ergebnishaushalt und von rund 140 Mio. € für Investitionen ist vor diesem Hintergrund zu analysieren. Wir brauchen nicht nur Ziele und Ideen, wir brauchen Menschen, die dies umsetzen können. Die Antwort darauf ist nicht mehr, einfach Stellen zu schaffen. Im letzten Haushalt haben wir etwa 300 neue Stellen beschlossen. Die aktuelle Statistik zeigt, dass zwischen geplantem Personalbestand und echter Besetzung eine Lücke klafft:

Zu unseren zukünftigen Risiken gehört, dass wir nicht mehr ausreichend Personal finden werden. Aufgrund des demographischen Wandels wird uns eine große Zahl von Mitarbeitenden in den nächsten Jahren verlassen. Daneben merken wir, dass unsere nicht altersbedingte Fluktuation gewachsen ist. Die Themen Mitarbeiterbindung und Personalgewinnung stehen deshalb ganz oben auf der Agenda.

Das bedeutet für jede Organisationseinheit eine Herausforderung. In dieser Situation in dem Doppelhaushalt mit weiteren umfangreichen Stellenneuschaffungen ein zusätzliches, sehr schnelles Wachstum zu verordnen, ist nicht die Antwort.

ANREDE

Auch die vollständige Rekommunalisierung der WIVERTIS steht im nächsten Doppelhaushalt an. Dies muss Hand in Hand gehen mit der Neuordnung der städtischen IT - ein Zukunftsthema, das wir nicht in die Zukunft verschieben können. Angesichts der vielfach beklagten fehlenden zentralen Steuerung in unserer Verwaltung werden wir über die Schaffung eines Amtes für Digitalisierung & Organisation zu sprechen haben.

Wo liegen unsere Chancen?

Am 3. September fand ein Chefgespräch im Hessischen Finanzministerium statt. Die Berechnungen für den KFA 2020 zeigen, dass mit dem bestehenden Berechnungssystem die Teilschlüsselmasse der kreisfreien Städte steigen wird.

Das würde steigende Schlüsselzuweisungen bedeuten – auch für Wiesbaden. Im Raum steht ein Zuwachs in deutlich zweistelliger Millionenhöhe.

Das Land hat vorgeschlagen, die Steigerung für die kreisfreien Städte nicht in voller Höhe wirken zu lassen und Vorschläge für eine andere Verteilung gemacht.

Momentan kann niemand genau sagen, warum sich die Verteilung so radikal verändert hat. Bisher waren die kreisfreien Städte im 2015 geänderten Finanzausgleich eher die Verlierer. Aber selbst wenn das Land die Zuwächse der Kreisfreien nicht oder zumindest nicht voll umverteilt, bleibt die Frage, wie nachhaltig der Zuwachs ist. Werden wir nur 2 bis 3 Jahre von der Verbesserung profitieren oder können wir von einem längeren Zeitraum ausgehen? Nur mit diesem Wissen können die zusätzlichen Mittel auf Dauer verplant werden. Stehen uns die Millionen nur für zwei Jahre zur Verfügung, dann wäre es unverantwortlich, dafür langfristige finanzielle Bindungen einzugehen.

Eine weitere Chance ergibt sich aus der reduzierten Gewerbesteuerumlage ab dem 1. Januar 2020. Die Absenkung der Gewerbesteuerumlage würde bei uns zu einer Einsparung führen und diese könnte für andere Maßnahmen verwendet werden. Das Land Hessen hat dazu bekanntlich andere Ideen. Für das Programm „Starke Heimat Hessen“ soll die sogenannte Heimatumlage eingeführt werden. Die Verbesserung auf kommunaler Ebene soll zunächst abgeschöpft und dann unter Landesregie neu umverteilt werden. Das ist ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und die daraus begründete Finanzhoheit der Städte und Gemeinden. Wiesbaden als gewerbesteuerstarke Kommune gehört bei dieser Umverteilung nicht zu den Gewinnern.

Wir werden abwarten müssen, ob der kommunale Widerstand (auch der Landeshauptstadt Wiesbaden) erfolgreich sein wird. Da der Kämmererentwurf sich an den Erlass des Innenministers gehalten hat, wurde die Gewerbesteuerumlage nach der alten Regelung (also ohne Absenkung) eingeplant. Eine Verbesserung gegenüber diesem Entwurf wird auf jeden Fall eintreten. Ihre genaue Höhe ist noch nicht bekannt.

Wo liegen noch Risiken?

Das Thema neue Grundsteuerberechnung ist nach wie vor offen. Die Neustrukturierung muss für die Kommunen aufkommensneutral sein. Im Kämmererentwurf haben wir daher die Grundsteuer wie in den Vorjahren fortgeschrieben.

Beim Anteil am Familienlastenausgleich droht eine Absenkung. Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen führt zu einer Verminderung der Einnahmen des Landes aus der Umsatzsteuer.

Entsprechend reduzieren sich die Zahlungen des Landes an die Hessischen Kommunen. Nach einer ersten Einschätzung würde die Absenkung im unteren einstelligen Millionenbetrag für uns verkräftbar sein.

ANREDE

Was bedeutet das alles für die Haushaltsplanberatungen?

Sie werden nicht einfach werden. Ich hoffe, dass wir bis zu den Beratungen alle offenen Punkte zu möglichen Verbesserungen klären können. Trotzdem reichen die Verbesserungen bei weitem nicht, um alle gemeldeten Mehrbedarfe zu erfüllen. Wir werden in den Beratungen heiß diskutieren um Ziele, Risiken und Chancen. Wir werden nicht alle glücklich machen können. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir eine verantwortungsvolle, umsetzbare Lösung finden werden, die den Haushalt auch für die Zukunft wappnet.

Dank

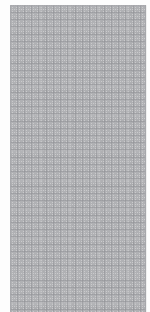
Herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus den Dezernaten und Ämtern und aus der Kämmerei, die professionell, zuverlässig und nervenstark dazu beigetragen haben, dass ich Ihnen heute den Haushaltsplan-Entwurf vorlegen kann.

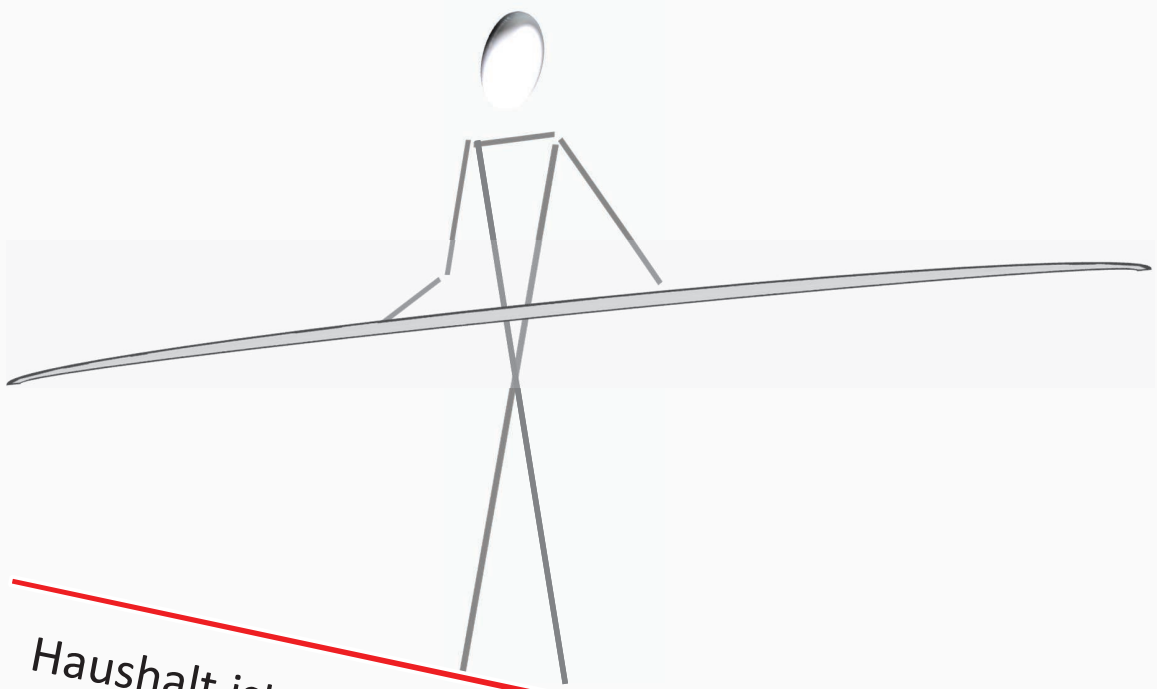
LANDESHAUPTSTADT



HAUSHALTSREDE ZUM HAUSHALT 2020 / 2021

26. SEPTEMBER 2019





Haushalt ist ein Drahtseilakt - Balance halten

Plan 2018

- 28 Mio. €

+ 25

• Ordentliche Erträge

+/- 0

• Ordentlicher Aufwand

+ 9

• Finanzergebnis

+ 15

• AO Ergebnis

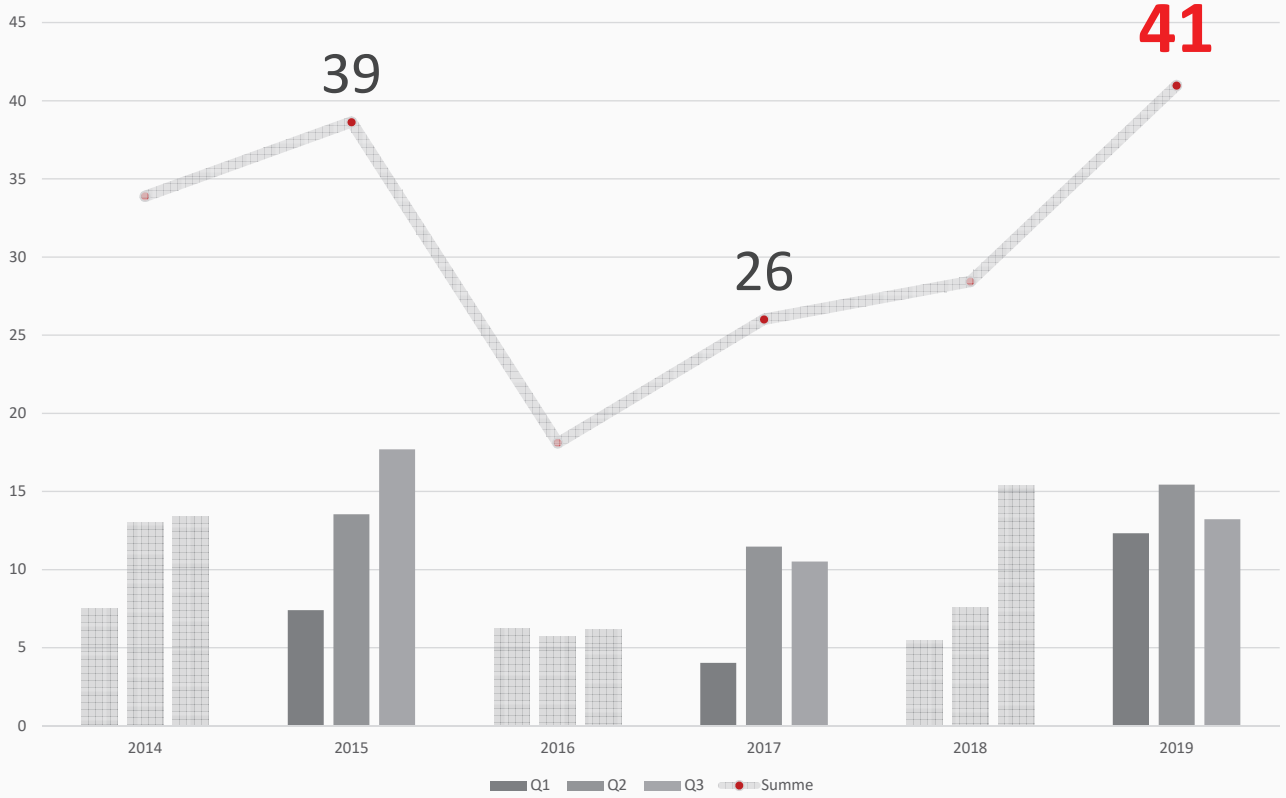
IST

+ 21 Mio. €

| | Jahr | | <u>Veränderung</u> |
|--|-------------|-------------|--------------------|
| | <u>2008</u> | <u>2018</u> | |
| K inder-, Jugend- u. Familienhilfe | 123,1 | 191,2 | 68,1 |
| S icherheit und Ordnung | 33,0 | 69,5 | 36,6 |
| Soziale Leistungen | 110,9 | 144,3 | 33,5 |
| S chulträgeraufgaben | 41,1 | 62,4 | 21,3 |
| Kultur und Wissenschaft | 34,6 | 46,6 | 12,0 |
| Gesundheitsdienste | 12,6 | 22,8 | 10,2 |
| weitere 9 Produktbereiche | 108,4 | 85,8 | -22,5 |
| Gesamt | | | 159,1 |

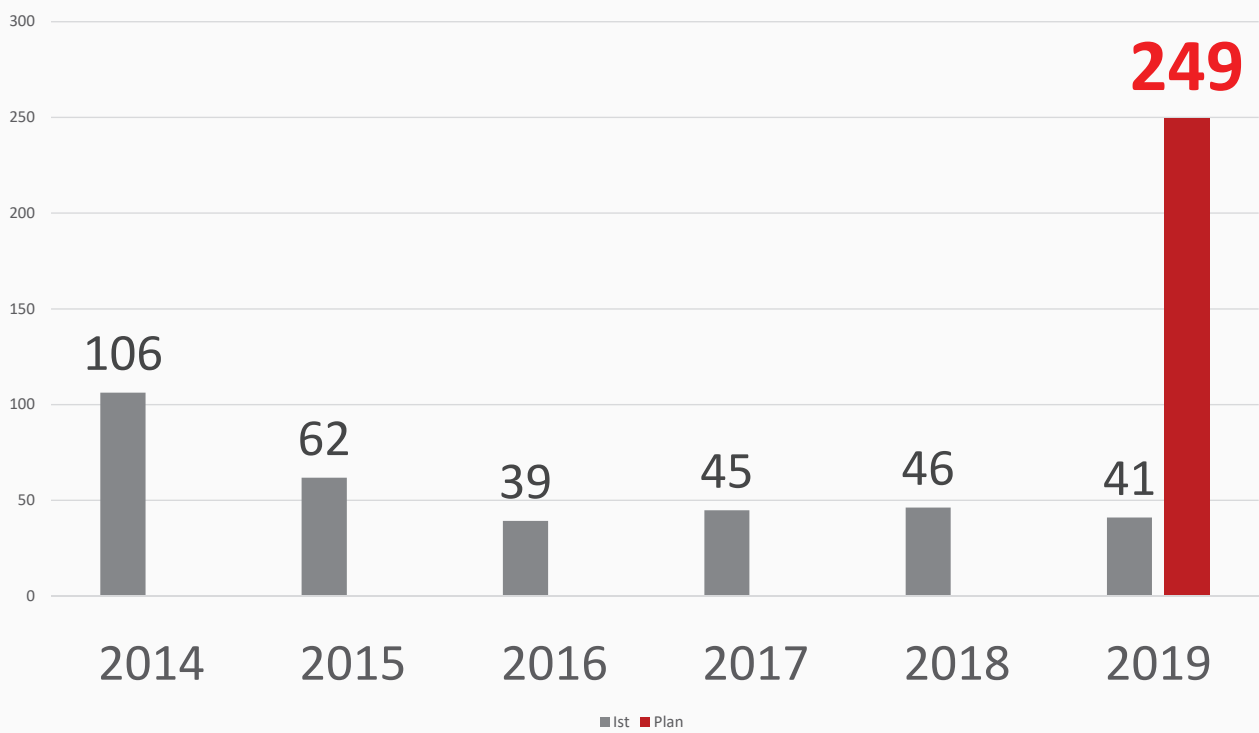


Investitionsausgaben in Mio. € ohne Q4 Stand 01.08.2019



Investitionsausgaben in Mio. €

Stand 01.08.2019



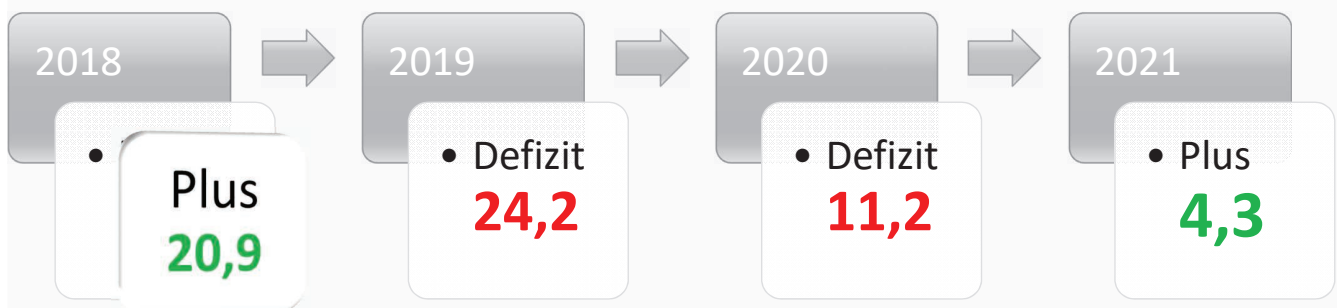
Integrierte Schulden pro Einwohner

also die Schulden unter Einschluss der Fonds, Einrichtungen und Unternehmen.

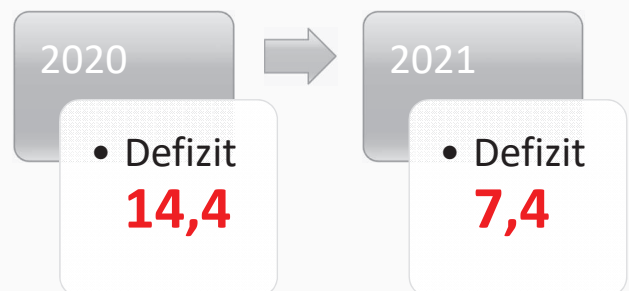
Die höchsten integrierten Schulden haben jeweils pro Einwohner:

1. Darmstadt (14.581 Euro),
2. Offenbach (8.686 Euro)
3. Frankfurt (7.442 Euro)
4. Gesamtkreis Hochtaunus (6.435 Euro)
5. Kassel (5.915 Euro)
6. Gesamtkreis Groß-Gerau (5.892 Euro).
7. Gesamtkreis Hersfeld-Rothenburg (5.890 Euro)
8. Gesamtkreis Werra-Meißner (5.673 Euro)
- 9. Wiesbaden (5.634 Euro)**
10. Gesamtkreis Rheingau-Taunus (5.320 Euro).

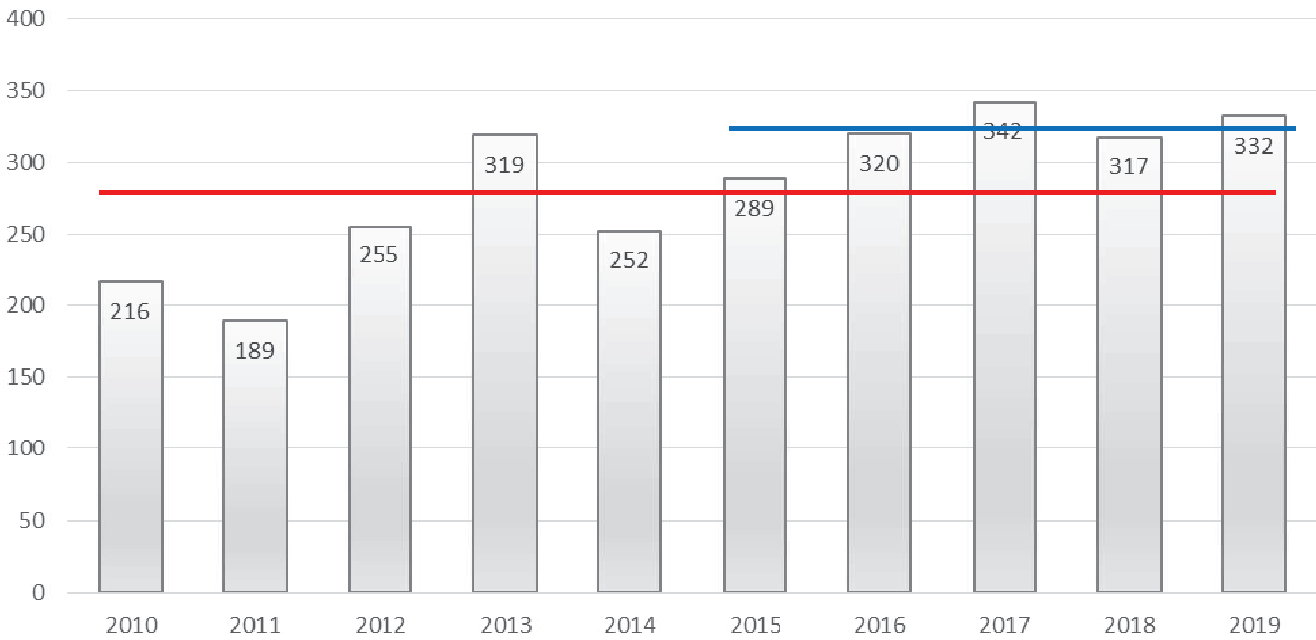
ERGEBNISPLANUNG 2018-2021



KÄMMERERENTWURF



Gewerbsteuerentwicklung in Mio. €

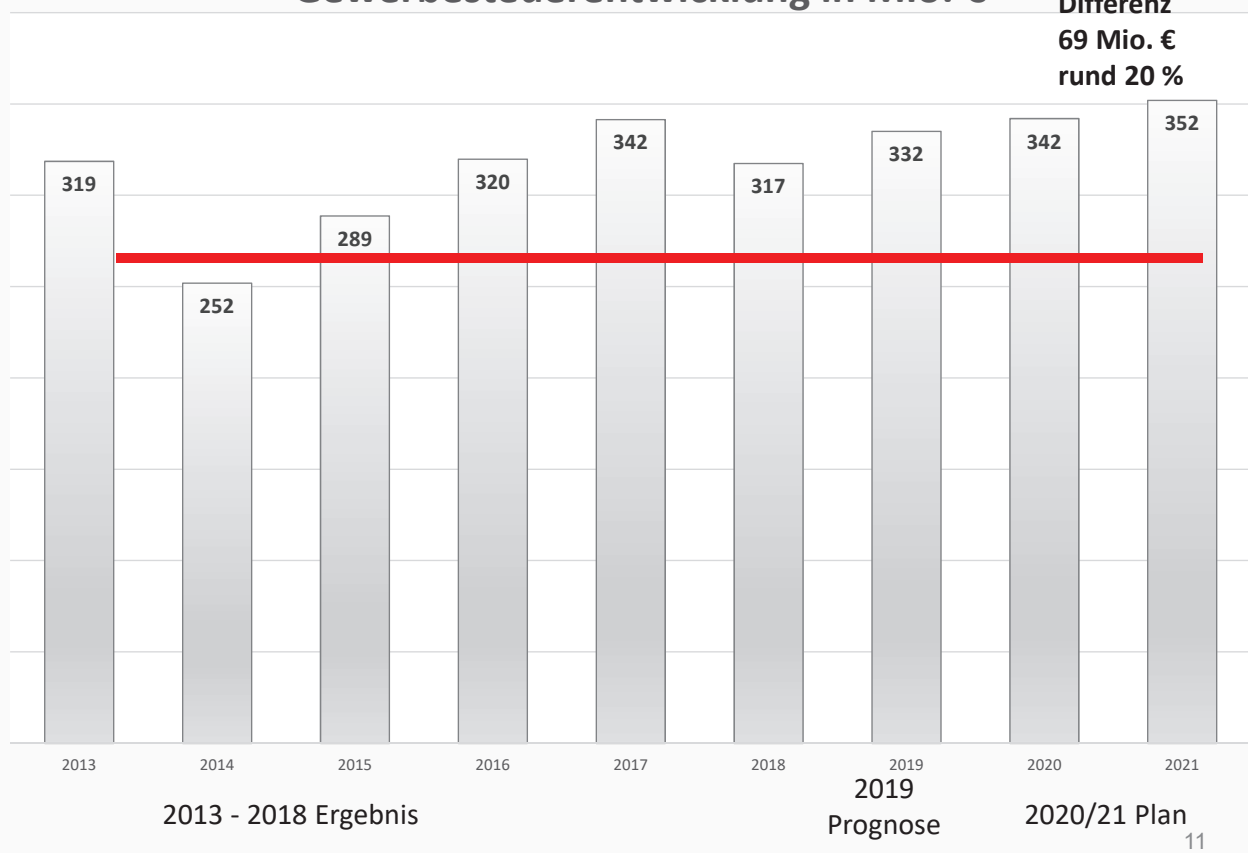


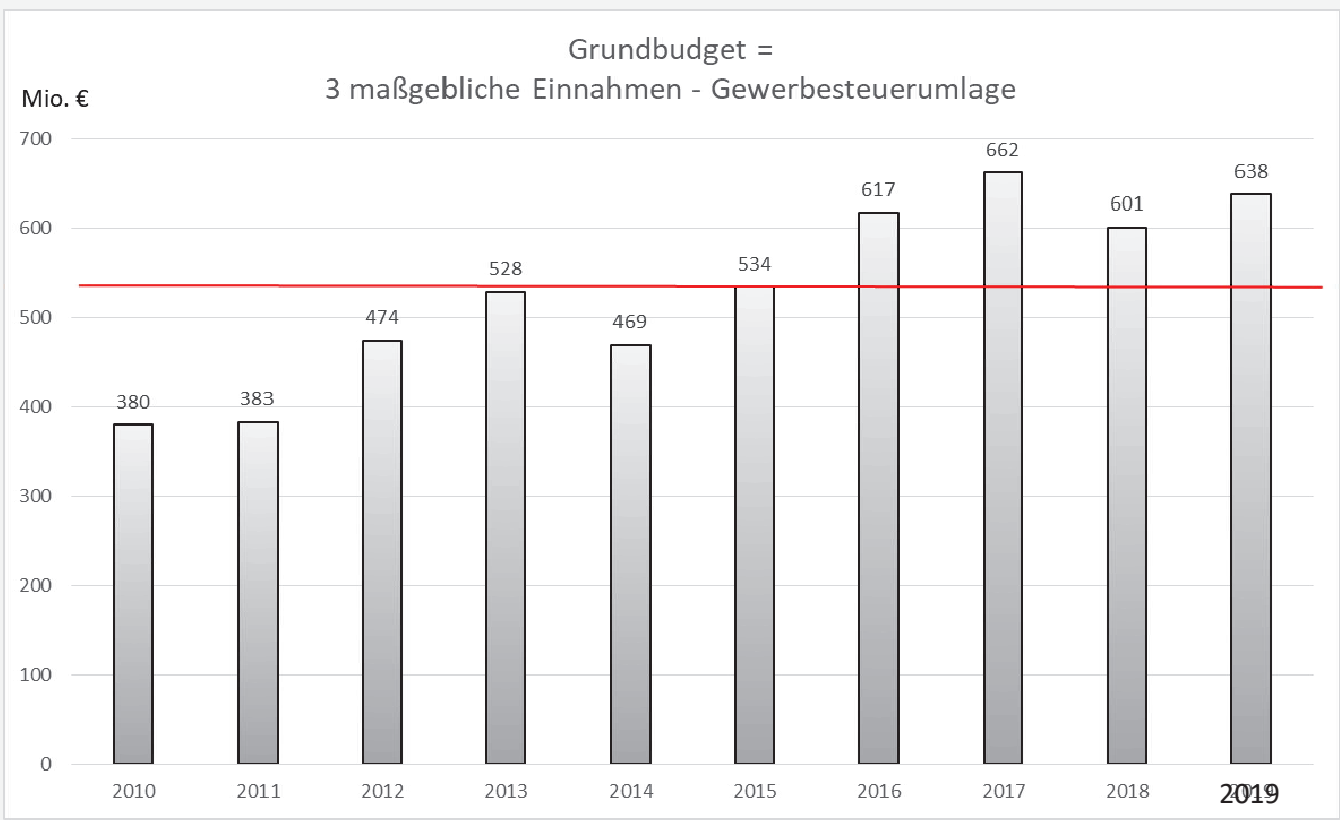
2013 - 2018 Ergebnis

Prognose

Gewerbsteuerentwicklung in Mio. €

Differenz
69 Mio. €
rund 20 %





2013 - 2018 Ergebnis

Prognose



Wirtschafts- und Arbeitsmarktbarometer

| Konjunkturindikatoren / Arbeitslosigkeit | Stichtag Wert | Veränderung aktuelles Quartal zum Vorjahresquartal | |
|--|------------------|--|--------|
| | | abs. | in % |
| ► Konjunkturindikatoren | <u>1. Qu. 19</u> | | |
| Bruttoinlandsprodukt (Bund) (Kettenindex 2010 =100) | 115,7 | + 0,7 | + 0,6 |
| IFO-Geschäftsklimaindex (Bund) | 99,7 | - 3,8 | - 3,7 |
| Preisindex (Hessen) (2015=100) | 103,0 | + 1,0 | + 1,0 |
| Auftragseingänge | | | |
| Baugewerbe in Hessen (2015 = 100) | 131,9 | + 22,8 | + 20,9 |
| Umsatz | | | |
| Einzelhandel in Hessen (2015 = 100) | 102,5 | + 1,8 | + 1,8 |

Erträge 1,3 Mrd. €

Aufwand 1,3 Mrd. €

Einnahmen 26 Mio. €

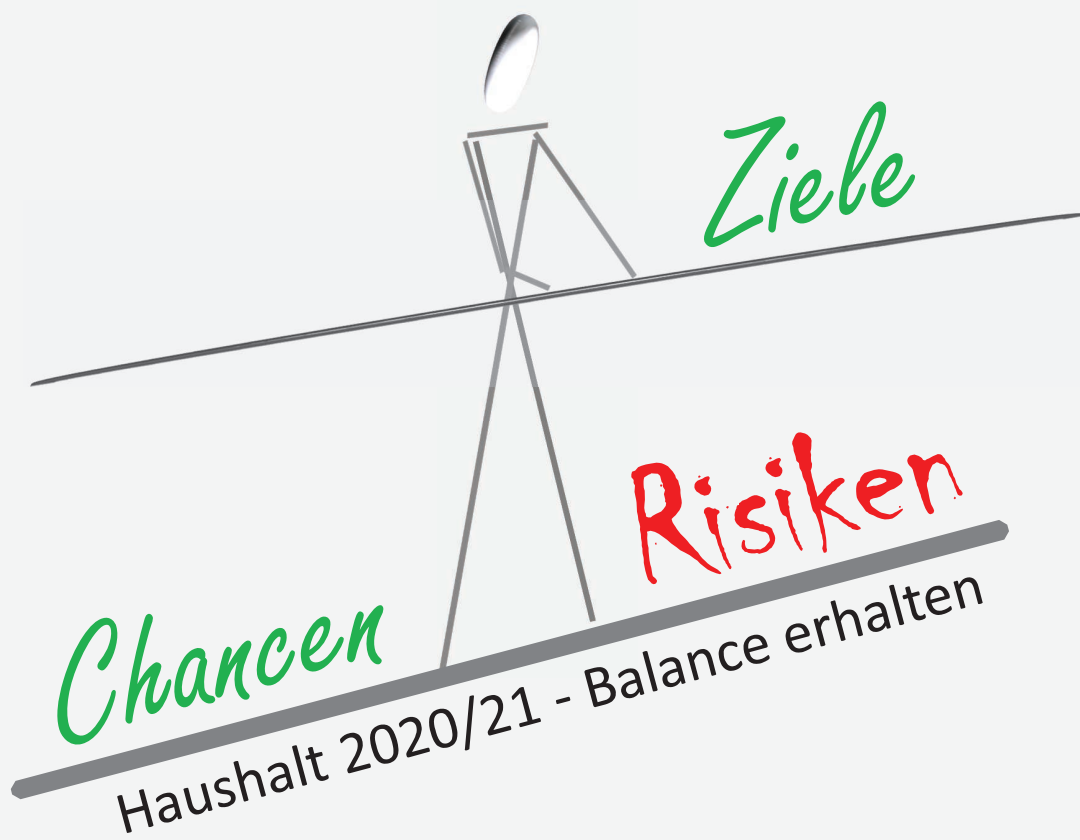
Ausgaben 60 Mio. €



+ 2%

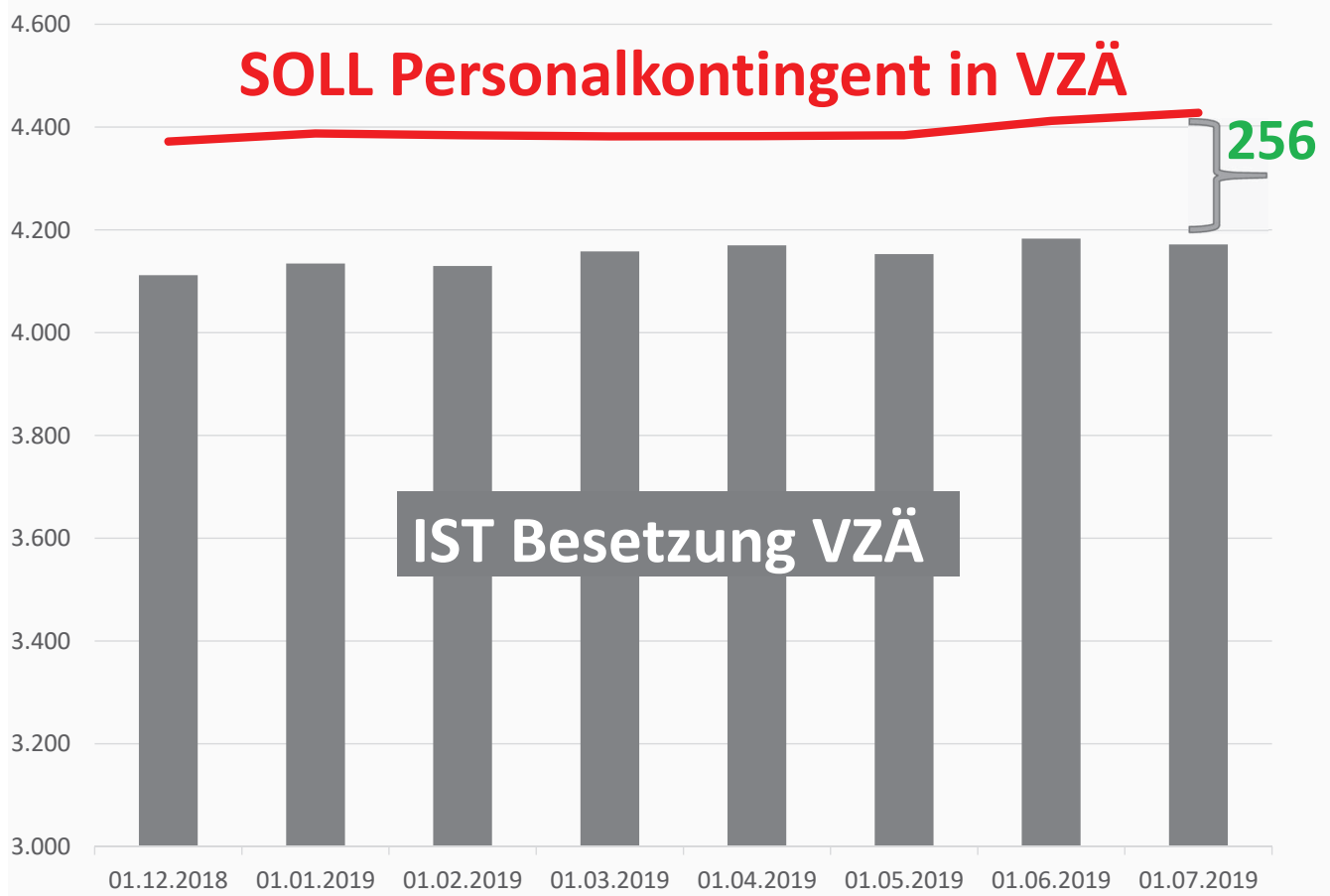


+ 1%





SOLL Personalkontingent in VZÄ



Chancen



- Gewerbesteuer-
umlage**

- Schlüssel-
zuweisungen**

Risiken



- Heimatumlage**

- Grundsteuerreform**

- Familienlasten-
ausgleich**

Herausgegeben von:

Landeshauptstadt Wiesbaden

- Kämmererei -

Hasengartenstraße 21

65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 31-2525

E-Mail: kaemmerei@wiesbaden.de

Internet: www.wiesbaden.de